



Stadt Niederkassel

BESCHLUSSAUSFERTIGUNG

Auszug aus der Sitzung vom:	Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss	Niederschrift zur Sitzung 19.03.2009
-----------------------------	--	---

8. Mitteilungen und Anfragen

Mitteilungen

der Verwaltung:

Bürgermeister Esser teilte mit, dass heute die Urteilsbegründung im Klageverfahren bezüglich des Mondorfer Strandfestes eingegangen ist.

Die Verwaltung wird die Urteilsbegründung den Fraktionen zuleiten.

Anfragen von Ausschussmitgliedern

a) Beantwortung von schriftlich vorgelegten Anfragen

1. Bürgermeister Esser trug eine von der SPD-Fraktion schriftlich eingereichte Anfrage bezüglich der Informationspolitik der Stadtverwaltung vor. In der Anfrage wurde beanstandet, dass in der Lokalpresse bereits einen Tag nach der Verwaltungskonferenz Äußerungen der CDU-Fraktion bezüglich der aufgetretenen Problematik mit durch die Stadtwerke erlassenen Gebührenbescheiden an Eigentümergemeinschaften erschienen seien und dass in Sachen Nahverkehrsplan des Kreises noch nicht bekannte Informationen durch die CDU-Fraktion an die Öffentlichkeit weiter gegeben und als eigener Erfolg propagiert worden seien. Die SPD-Fraktion fragte an, ob jetzt die CDU-Fraktion für die Information der Öffentlichkeit über Ergebnisse von Verwaltungsentscheidungen zuständig sei und ob die Verwaltung beabsichtige, diese Praxis der einseitigen, bevorzugenden Behandlung der Mehrheitsfraktion abzustellen.

Bürgermeister Esser erklärte hierzu, dass die SPD-Fraktion sogar vor den anderen Fraktionen über die Problematik in Bezug auf die Gebührenbescheide unterrichtet wurde. Die CDU-Fraktion habe sich am Tage der Verwaltungskonferenz erst nach entsprechender



Stadt Niederkassel

Anfrage durch die Presse bei der Verwaltung über den aktuellen Sachstand unterrichten lassen.

Zudem habe die Verwaltung keine Einzelheiten bezüglich der Nahverkehrsplanung an die CDU-Fraktion weiter geben können, da sie selber diesbezüglich über keine Informationen verfügt habe.

Ausschussmitglied Kitz (CDU) bestätigte, dass die CDU-Fraktion ihre Informationen nicht von der Stadt Niederkassel sondern von ihren CDU-Kollegen in Köln-Porz erhalten haben.

2. Bürgermeister Esser trug eine weitere Anfrage der SPD-Fraktion vor, die sich auf von der Stadt Niederkassel evtl. getätigte „SWAP-Geschäfte“ bezog.

Stadtkämmerer Steeg führte hierzu aus, dass die Stadt im Jahr 2006 ein SWAP-Geschäft zur Umschuldung eines bestehenden Darlehens im Jahr 2012 mit einem festen Zinssatz von 4,685% und einer Laufzeit von 30 Jahren abgeschlossen hat.

Herr Steeg betonte, dass der Abschluss dieses SWAP-Geschäftes allein der Zinnsicherung diene und auch aus heutiger Sicht noch als richtig anzusehen ist, zumal keinerlei Spekulationsrisiken mit der Maßnahme verbunden waren.

b) Sonstige Anfragen

- keine -